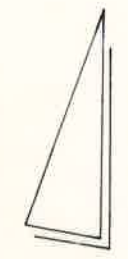
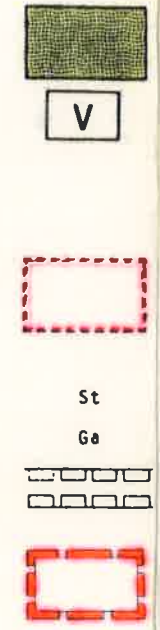


Planzeichen der von der Änderung betroffenen Festsetzungen

- 1. Grünflächen § 9 (1) 15 BauGB
 - 1.1 Grünflächen
 - 1.3 Grünfläche als Bestandteil von Verkehrsanlagen im Sinne von § 127 (2) 4 BauGB
- 2. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen
 - 2.1 Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen § 9 (1) 4 und 22 BauGB
 - Stellplätze
 - Garagen
 - 2.2 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen § 9 (1) 21 BauGB sh. schriftl. Fests. 1.6.1
 - 2.3 Grenze der Bebauungsplanänderung



Katasterstand vom 06.09.1989

Die Schriftlichen Festsetzungen der Änderung II bleiben für den Änderungsbereich vollinhaltlich bestehen.

RHEIN-NECKAR-KREIS



Gemeinde Gaiberg

Bebauungsplan Am großen Wald - Änderung III

Maßstab
1:500

Rechtsgrundlage

Aufgrund der §§ 1, 2, 3, 4, 8 und folgende des Baugesetzbuches (BauGB) vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO - des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch 3. Verordnung vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2665) und des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO) in der Fassung vom 3.10.1983 (GBL 1983 S. 577) in Verbindung mit den §§ 73 und 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 28.11.1983 (GBL 1983 S. 770), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1.4.1985 (GBL 1985 S. 51).

Planzeichen gemäß § 3 (2) PlzVO vom 30.7.81 BGBl. I S. 833

Verfahrensvermerke

Verfahrensvermerke ¹¹ <i>Änderung</i> Die Gemeinde hat die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen <i>nach § 13 BauGB.</i>	am 19.10.89
Bekanntmachung Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan wurde gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich bekanntgemacht	am
Bürgerbeteiligung Die Gemeinde hat die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 (1) BauGB öffentlich dargelegt	am 08.11.89
Bebauungsplanentwurf Nach der Bürgerbeteiligung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange hat der Gemeinderat dem Entwurf zugestimmt	am 07.02.90
Öffentliche Auslegung Der Entwurf dieses Bebauungsplanes mit beigefügter Begründung hat nach ortsüblicher Bekanntmachung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) BauGB ausgelegt	am Heidelberg, den 19. März 1990 bis Landratsamt
Eingeschränkte Beteiligung nach § 3 (3) BauGB	am
Satzung Die Gemeinde hat den Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB nach Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen als Satzung beschlossen. Den o.a. Verfahrensablauf sowie die Übereinstimmung der Ausfertigung mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Gemeinderates bestätigt.	am 07.02.90

Für die Erarbeitung des Planentwurfes und die Ausarbeitung des Bebauungsplanes

INGENIEURBURO
GERHARD WEISE
6906 Leimen, Im Schilling 4
Leimen, den 06.02.90



Keine Beanstandungen
§ 11 Abs. 3 BauGB/
§ 73 Abs. 5 und 6 LBO
Heidelberg, den 19. März 1990
Landratsamt
- Kreisbauamt -

Der Bürgermeister
[Signature]

Der Bebauungsplan tritt mit der Bekanntmachung des durchgeführten Anzeigeverfahrens nach § 12 BauGB in Kraft.

Der Bürgermeister